



## SPD-Kommunalpolitiker tagen in Wardenburg

### Neuwahl des Landesvorstandes

Die diesjährige Landesdelegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. fand in Wardenburg (Landkreis Oldenburg) statt. Diese Gemeinschaft vereinigt über 2.100 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Niedersachsen. Politische Ziele sind u.a. die Beratung, Information und Weiterbildung ehrenamtlicher Kommunalpolitiker sowie die Vertretung kommunaler Interessen gegenüber der Landesregierung und der Landtagsfraktion.

Die Delegierten aus allen Landesteilen Niedersachsens wählten den langjährigen Landesvorsitzenden, Landrat Franz Einhaus aus Peine, einstimmig erneut für zwei Jahre zum Landesvorsitzenden.

In seinem Bericht zur Lage beschäftigte sich Einhaus eingehend mit aktuellen Problemen, die derzeit die kommunale Ebene bewegen, wie die Förderung der Kindertagesstätten und den Ausbau der Digitalisierung. Außerdem begrüßte er die Notwendigkeit und begründete er das Vorhaben der Landesregierung, mehr für die Fortbildung der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu tun.

Im Übrigen wird auf den in dieser Ausgabe abgedruckten Rechenschaftsbericht verwiesen.

Höhepunkt der Tagung war der Auftritt des SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stephan Weil. Er traf mit seinen Ausführungen die Probleme, die derzeit die SPD-Kommunalpolitiker in Niedersachsen bewegen. Die unstrittig auch in Niedersachsen notwendige Erneuerung der Partei müsse vor allem im engeren Verhältnis zum Bür-



Franz Einhaus

Foto: privat

ger beginnen. Die SPD sei zwar diesbezüglich besser aufgestellt als in anderen Teilen Deutschlands, müsse aber ihre Position als Niedersachsenpartei weiter ausbauen. Die durch das Ergebnis der Landtagswahl entstandenen Disparitäten dadurch, dass die Landesliste überhaupt nicht gezogen habe, müsse die SPD durch verstärkte Präsenz in den Wahlkreisen ohne eigenen Landtagsabgeordneten, z.B. im Süden von Weser-Ems, ausgleichen.

In den politischen Aussagen griff der Ministerpräsident die Probleme auf, die die Kommunalpolitiker derzeit bewegen und die Gegenstand einer lebhaften Aussprache waren. Vorrangiges Problemfeld ist die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und die Qualifizierung, hier-

bei vor allem Kindergartenpolitik. Die Landesregierung hat daher die Gebührenfreiheit für die Kindergarteneltern vorangetrieben. Die dadurch für die Kommunen entstandenen finanziellen Probleme seien erkannt worden, man habe sich diese Woche gemeinsam auf den Weg einer Lösung gemacht. Wenn die Kommunen auch nicht alle Probleme als beseitigt ansähen, sei man gemeinsam weit vorangekommen. Wichtig sei auch, dass sich in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene nun auch der Bund zu einer erheblichen Mitfinanzierung bereit erklärt habe, die uneingeschränkt an die Kommunen weitergereicht werde. Die besonderen Probleme struktur- und finanzschwacher Gemeinden habe die Landesregierung im Blick. Außerdem soll die lange geforderte duale Aus-

### Inhalt

Bericht des Landesvorsitzenden Franz Einhaus

Bericht des Landesgeschäftsführers Manfred Pühl

Leitantrag: Erwartungen der Kommunen an die neue Landesregierung

Ignorieren oder akzeptieren?

Anliegen des Hochwasserschutzes beim Autobahnausbau berücksichtigen

### IMPRESSUM

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
SGK Niedersachsen e.V.,  
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

**Redaktion:** Dirk-Ulrich Mende,  
E-Mail: dumende@googlemail.com

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel

**Litho:** Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

**Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

bildung von Erzieherinnen und Erziehern vorangetrieben werden.

Die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse stünden für die Landesregierung an vorderer Stelle, so Weil. Hierbei spiele der weitere Ausbau der Digitalisierung eine besondere Rolle. Bürokratische Hemmnisse dürften nicht den Einsatz der vorhandenen öffentlichen Mittel behindern.

Sorge bereitet Weil die zunehmende Entwicklung nach rechts im eigenen Land und in Europa. Dem müsse vor allem mit der Beseitigung von Ängs-

ten und Unsicherheiten beim Bürger begegnet werden. Er nannte dabei einige Politikfelder: Niedersachsen werde die Polizei mit einer hohen Zahl neuer Stellen verstärken, außerdem werde die Wohnungspolitik durch geeignete Maßnahmen darauf ausgerichtet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Im Anschluss daran wurden die auscheidenden Vorstandsmitglieder geehrt. Die Delegiertenversammlung verabschiedete einen Leitantrag „Erwartungen der SGK an die neue Landesregierung“. Der Leitantrag ist auf der Homepage der SGK einsehbar und ab Seite IV dokumentiert.

### Bei den anschließenden Wahlen wählten die etwa 90 Delegierten folgenden neuen Landesvorstand:

**Landesvorsitzender:** Franz Einhaus

**stv. Landesvorsitzende:** Silvia Nieber (UB Stade)

**stv. Landesvorsitzender:** Dirk-Ulrich Mende (UB Celle)

**Schatzmeister:** Horst Baier (UB Osnabrück-Land)

**Schriftführerin:** Hannelore Hunter-Roßmann (UB Oldenburg-Land)

#### Beisitzer:

Backeberg, Werner (Region Hannover)

Bakir, Nurhayat (UB WHV)

Block, Volker (UB WHV)

Bovenschulte, Andreas (UB Diepholz)

Eckhoff, Birgit (UB Harburg)

Eertmoed, Manfred (UB Aurich)

Ernst, Berthold (UB Northeim)

Fricke, Jan (UB Helmstedt)

Geuter, Renate (UB Cloppenburg)

Harter, Henning (Region Hannover)

Jülge, Boris (UB Gifhorn)

Lange, Rainer (UB Oldenburg-Land)

Moldenhauer, Lucia (UB Diepholz)

Protze, Björn (UB Stade)

Rudszuck, Petra (Region Hannover)

Schneider, Arne (Region Hannover)

Seidel, Sebastian (UB WHV)

Siekiera, Iris (UB Hildesheim)

Steinbrügge, Christiana (UB Wolfenbüttel)

Stracke, Hans-Theo (Region Hannover)

Wegener, Gunnar (UB Cuxhaven)

Weller, Niels (UB Oldenburg-Land)

#### Bezirksnominierungen:

Matthias Groote (WE)

Claus Johannßen (NN)

Julia Retzlaff (BS)

Ulrich Watermann MdL (H)

## Bericht des Landesvorsitzenden

### Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

zusammen mit unserem Schatzmeister Helmut Hinrichs und unserem Landesgeschäftsführer Manfred Pühl kann ich von der SGK Niedersachsen ein insgesamt positives Bild zeichnen.

Die Mitgliederentwicklung der SGK Niedersachsen ist erfreulich gut und sicherlich auch ein Ergebnis aktiver Werbung. Ein Schwerpunkt lag auch in der erfolgreichen Werbung neugewählter Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten. Für dieses Bemühen danke ich sehr herzlich!

Wir waren im Berichtszeitraum wieder eine wertvolle Plattform für den Austausch unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Nach wie vor unterstützen wir durch unsere Beratungstätigkeit viele kommunale Akteure in ihrer Tätigkeit vor Ort.

Wir haben uns laufend auf vielen Politikfeldern zu Wort gemeldet und dabei Impulse gesetzt.

Auf einen Aspekt möchte ich besonders hinweisen: Für sehr wichtig halte ich eine ständige Fortbildung und Motivation unserer ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Wir haben dazu mit Freude festgestellt, dass die neue Landesregierung in der Koalitionsvereinbarung eine Regelfinanzierung kommunalpolitischer Bildungswerke analog zu den politischen Stiftungen verabredet hat, wie sie in anderen Bundesländern seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert wird. Dies würde für unsere SGK völlig neue Perspektiven eröffnen.

### Zu unserer Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode:

Der Landesvorstand hat im Berichtszeitraum neunmal getagt und

zwei Klausurtagungen in Bersenbrück und Cuxhaven durchgeführt. Politische Schwerpunkte des Landesvorstandes im Berichtszeitraum: Die von der Delegiertenversammlung 2015 verabschiedeten Anträge zu den Themen

- Krankenhausförderung
- Privatisierung
- Förderung Breitbandausbau
- Kommunaler Finanzausgleich
- inklusive Ganztagschule
- Südlink-Trasse
- humanitäre Flüchtlingspolitik
- Kommunale Strukturreform

wurden weiterbehandelt und verschiedenen politischen Adressaten vorgelegt.

Wichtige politische Vorhaben der Landesregierung (z.B. Novellierung Kommunalverfassungsrecht) wurden begleitet und kommentiert.

Positionspapiere wurden erarbeitet zu den Politikfeldern

- Krankenhausfinanzierung
- Kommunalwahlrecht: Rückkehr zu d'Hondt
- Integrierte Stichwahl
- Kommunalpolitische Leitlinien 2016
- Privatisierungsbremse
- Flüchtlingspolitik
- Wohnungsbaupolitische Positionen
- Inklusive Ganztagschule
- Eckpunkte für eine Reform des KiTa-Gesetzes
- Hilfe gegen Ärztemangel.

Sie finden sich zum Teil im Leitantrag wieder.

Zur Kommunalwahl 2016 hat die SGK wiederum ein aktualisiertes Wahlhandbuch herausgegeben, das von den Mitgliedern zahlreich bezogen wurde.

Zum Landtagswahlprogramm 2017 der SPD Niedersachsen erarbeitet der Landesvorstand am 30.6.2017 in Walsrode ein umfangreiches Vorschlagspapier.

2017 wird eine Reihe von Vorstandsmitgliedern ausscheiden. Glücklicherweise finden sich aber immer wieder Mitglieder, die Interesse an der Arbeit finden und nachrücken werden.

Ihnen danke ich herzlich für die Mitarbeit in einem harmonischen Gremium.

Euer



Franz Einhaus

Foto: privat

Franz Einhaus

Landrat des Landkreises Peine und  
SGK-Landesvorsitzender

## Bericht des Landesgeschäftsführers

### Mitgliederentwicklung

Die SGK als Interessenvertreterin aller niedersächsischen SPD-Kommunalpolitikerinnen und -Kommunalpolitiker nimmt weiterhin einen gefestigten Platz innerhalb des SPD-Landesverbandes ein.

Über 2.100 Mitglieder bringen dabei die Bedeutung der Kommunalpolitik innerhalb des Politikspektrums insbesondere auf Landesebene eindrucksvoll zum Ausdruck. Zweifelslos hat in der 2017 abgelaufenen Legislaturperiode die Nähe unserer ehemaligen SGK-Landesvorstandsmitglieder Stephan Weil und Boris Pistorius zur kommunalen Ebene zu einem erheblichen Zuwachs des kommunalen Einflusses in Niedersachsen geführt. Dies wird sich in der nun begonnenen Legislaturperiode fortsetzen. Allein schon der Koalitionsvertrag begründet diese Erwartung.

Wenngleich die Zahl der Mandatsträger nach der letzten Kommunalwahl 2016 rückläufig war, so haben wir dies durch verstärkte Werbemaßnahmen bei den neugewählten BürgermeisterInnen und LandrätInnen teilweise kompensieren können.

Insgesamt gehören der SGK Niedersachsen derzeit 162 Fraktionen, 23 aktive und ehemalige LandrätInnen, 15 aktive und ehemalige OberbürgermeisterInnen und 67 aktive und ehemalige BürgermeisterInnen sowie eine große Zahl von Einzelmitgliedern an.

Die Mitgliederzahl steigt kontinuierlich an. Gleichwohl könnte die Schlagkraft der Niedersachsen-SGK noch erheblich gesteigert werden. Die SPD stellt nach der Kommunalwahl 2016 auf Kreis-, Regions- und Gemeindeebene ca. 5.400 Abgeordnete.

Es ist uns nicht verborgen geblieben, dass eine Steigerung der Mitgliederzahlen insbesondere in kleineren Gemeinden wegen der unzureichenden Ausstattung mit Fraktionsmitteln auf große Schwierigkeiten stößt.

In der Tat ist es eine Grunderfahrung, dass sich die politischen Erfolge der SPD zu einem beträchtlichen Teil aus starken kommunalpolitischen Fundamenten herleiten lassen. Idealzustand wäre eine geschlossene Mitgliedschaft aller niedersächsischen KommunalpolitikerInnen in der SGK.

### Bundes-SGK/Bundes-SPD

Der starke Mitgliederzuwachs wirkt sich auch auf der Ebene der Bundes-SGK aus: Niedersachsen ist nach NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz unter 16 Landesverbänden inzwischen der viertstärkste. Wir entsenden 26 Delegierte zur SGK-Bundeskongress.

Wir halten engen Kontakt zur Bundes-SGK und nehmen regelmäßig an den Geschäftsführer-Besprechungen teil. Dem aktuellen SGK-Bundesvorstand gehören als Vertreter der SGK Niedersachsen Silvia Nieber und Heiger Scholz und als kooptierte Mitglieder Franz Einhaus sowie Bernhard Reuter als Vizepräsident des Deutschen Landkreistages an.

Die Bundes-SPD hat auf ihrem Parteitag in Berlin am 4.12.2011 und beim Parteikonvent am 16.6.2012 folgenden Grundsatzbeschluss gefasst:

„Alle Mitglieder der SPD, die kommunale öffentliche Wahlämter (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landrat, Beigeordneter) oder Mandate in kommunalen Vertretungskörperschaften innehaben, werden aufgefordert, Mitglied in der SGK in ihrem jeweiligen Bundesland zu werden.“ Daran orientieren wir uns.

### Landes-SPD

Die Landes-SPD stellt der SGK Niedersachsen seit über einem Jahrzehnt Räumlichkeiten für eine Landesgeschäftsstelle nebst moderner Infrastruktur zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligt sich der Landesverband mit einem nennenswerten Betrag an den Kosten der heutigen Delegiertenversammlung. Dafür sagen wir insgesamt herzlichen Dank.

Darüber hinaus ist die SGK im SPD-Landesvorstand mit beratender



Dr. Manfred Pühl

Foto: privat

Stimme vertreten. Die Landesgeschäftsstelle der SGK Niedersachsen befindet sich weiterhin im SPD-Haus in der Odeonstraße in Hannover. Für Mitgliederbetreuung und Beitragsangelegenheiten ist Christa Rinke verantwortlich.

### Arbeitsfelder

- Interessenvertretung der niedersächsischen Kommunen gegenüber der Landesebene, Dienstleistung gegenüber der Mitgliedschaft.
- Herausgabe einer regelmäßigen Mitglieder-Zeitschrift (Sonderseite „Landes-SGK EXTRA Niedersachsen“) in der Demokratischen Gemeinde (DEMO). Diese Zeitschrift erhält jedes SGK-Mitglied ins Haus geliefert.
- Regelmäßiger rechtlicher Beratungsdienst in der Geschäftsstelle in Hannover. Neben Rechtsauskünften werden auch strategische Ratschläge erteilt sowie kompetente Gesprächspartner nachgewiesen.
- aktuelle Informationen an die Mitgliedschaft (SGK-Newsletter)
- eigene Homepage mit der URL: [www.sgk-niedersachsen.de](http://www.sgk-niedersachsen.de). Die Homepage wird regelmäßig aktualisiert und gepflegt von Deniz Kurku (Delmenhorst) – dafür herzlichen Dank!
- Herausgabe eines Wahlkampf-Handbuches zur Kommunalwahl 2016 (inzwischen in 3. Auflage)
- Herausgabe einer Arbeitshilfe für KommunalpolitikerInnen
- Herausgabe eines Lexikons für KommunalpolitikerInnen, SGK-Kreisverbände/Delegiertenversammlungen

Der SGK-Landesvorstand hat vor Jahren beschlossen, die Organisation stärker zu dezentralisieren und die Bildung von Kreisverbänden anzuregen.

Dem ist die Basis bisher in erfreulichem Umfang gefolgt.

SGK-Kreisverbände gibt es mittlerweile in der Region Hannover, in Stade, Oldenburg, Leer, Soltau-Fallingb. (Heidekreis), Nienburg, Cuxhaven, Gifhorn, Schaumburg, Diepholz und Harburg sowie in der Metropolregion Bremen-Oldenburg.

Die Arbeit in Kreisverbänden dient insbesondere dem kommunalpolitischen Erfahrungsaustausch. Die Erfahrung zeigt, dass viele kommunalpolitische Themen in vielen benachbarten Gemeinden in gleicher Form auftreten und ein starkes Informationsbedürfnis auslösen.

**Manfred Pühl**  
Landesgeschäftsführer

## SGK-Landesdelegiertenkonferenz Niedersachsen

# Leitantrag: Erwartungen der Kommunen an die neue Landesregierung

### 1. Strukturförderprogramm für Kommunen

#### Stärkung der kommunalen Infrastruktur, Niedersächsischer Investitionsfonds für kommunale Infrastrukturen

Die Finanzierung von notwendigen kommunalen Investitionen durch einen „Niedersächsischen Investitionsfonds“ ist ausdrücklich zu begrüßen. Er darf aber nicht durch Umverteilung jetziger kommunaler Mittel des Landes finanziert werden, sondern bedarf einer zusätzlichen Zurverfügungstellung von Finanzmitteln.

Der Fonds benötigt eine kontinuierliche finanzielle Ausstattung, da die Nachhol- und Ersatzbedarfe in bestimmten Infrastrukturkategorien (Straßen-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur) nach wie vor hoch sind. Gerade Kommunen in strukturschwachen Regionen bzw. im ländlichen Raum schaffen es oft nicht, ihre öffentliche Infrastruktur aus eigener Kraft zu ersetzen oder erforderlichen Ausbau zu realisieren, wie z.B. Breitbandausbau, oder geforderte Eigenmittel bei EU-Förderung aufzubringen bzw. qualifiziertes Personal dafür zu gewinnen.

#### Förderung des Breitbandausbaus

Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit muss Niedersachsen in seine digitale Infrastruktur investieren. Es muss flächendeckend in zukunftsfähige Breitbandnetze investiert werden. Gerade ländliche Räume können damit deutlich an Attraktivität gewinnen. Dabei ist ausschließlich die Förderung langfristig zukunfts-



Tagungsleitung: Einhaus, Siekiera, Mende, Baier, Hunter-Roßmann, Pühl (v.l.)

fähiger Technologie anzustreben. Ausreichende Fördermittel von Bund und Land sind dazu erforderlich, wobei die Förderziele zwischen EU, Bund und Land abgestimmt sein müssen. Vereinfachte Antragsverfahren und realistische Vorgaben

zur Umsetzung garantieren einen erfolgreichen Fördermittelabruf.

#### Stärkung des ländlichen Raumes

Unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Regionen Niedersachsens machen die Herstellung

bzw. Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu einer besonderen Herausforderung. Demografische Entwicklung und spezifische Problemlagen vor Ort müssen differenziert betrachtet werden und die erforderliche Regionalpolitik ist darauf entsprechend abzustimmen. Gerade die digitale und verkehrliche Infrastruktur spielen eine bedeutende Rolle zum Erhalt der Lebensqualität und der Attraktivität des (Wohn-/Wirtschafts-) Standortes.

Kommunen im ländlichen Raum sind oft für gesuchte Fachkräfte weniger attraktiv. Der Fachkräftemangel verschärft die Situation und führt dazu, dass vorhandene Fördermittel vielfach nicht abgerufen, Maßnahmen nicht geplant und realisiert werden können. Daher ist die Errichtung einer Niedersächsischen Infrastruktur-Beratungsgesellschaft vorrangig zur Stärkung der Handlungsfähigkeit von Kommunen in strukturschwachen Räumen von großer Bedeutung. Dadurch können Fachkräfte den Kommunen temporär projekt- bzw. maßnahmenbezogen zur Verfügung gestellt werden.

#### Erhöhung der kommunalen Investitionsquote

Mit einer Selbstbindung des Staates zur Realisierung der Daseinsvorsorge könnte die kommunale Investitionsquote nachhaltig erhöht werden. Durch eine geeignete haushaltsrechtliche Verpflichtung zu öffentlichen Investitionen in einer Höhe, die zumindest die Abschreibung auf das Vermögen der öffentlichen Hand kompensieren, könnte



Ministerpräsident Stephan Weil am Rednerpult

Fotos (2): Stracke

zumindest der Erhalt von Infrastruktur gesichert werden.

## 2. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Nach einer Studie der Medizinischen Hochschule Hannover sehen bereits 30 Prozent der Bürgermeister die hausärztliche Versorgung in ihrer Gemeinde als nicht mehr ausreichend an. 65 Prozent haben bereits jetzt oder erwarten in Kürze Schwierigkeiten mit der Nachbesetzung von ausscheidenden Hausärzten. An Fachärzten werden vor allem Augenärzte und Kinderärzte vermisst. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass leerfallende Kassenarztsitze nicht mehr nur ein Problem der klassischen Fläche, sondern auch kleinerer Mittelzentren sind.

Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung ist gesetzliche Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Der Kampf gegen den beginnenden Ärztemangel darf nicht



Trotz Grippewelle war das Plenum reich gefüllt.

Foto: Stracke

still und heimlich zu einem kommunalen Problem werden. Bund (Regelung der Vergütung, Rahmenbedingungen der Versorgungsplanung) und Länder (Sicherstellung eines hinreichenden Angebots an Studien- und Ausbildungsplätzen) sind daher, neben der ärztlichen Selbstverwaltung, gefordert die Rahmenbedingungen für eine Sicherstel-

lung der ärztlichen Versorgung in der Fläche zu gewährleisten.

Aufgrund des zu erwartenden Mehrbedarfs an Ärzten fordern wir eine erhebliche Erhöhung der Studienplätze in Niedersachsen und eine Abschaffung des Numerus Clausus für Medizin. Auch ein Dreier-Abiturient kann ein guter Hausarzt werden.

## 3. Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen

### Gebührenfreier Kindergarten

Die Überlegungen zur Beitragsfreistellung der Bildungsarbeit im Kindergarten sind zu begrüßen und zu unterstützen. Gerade der Zugang zu Bildungsangeboten im Elementarbereich sollte nicht durch die Erhebung von Gebühren erschwert werden. Das Recht auf Bildung umfasst auch einen kostenfreien Zugang zu den Angeboten der Kindertagesbetreuung. Entsprechende Überlegungen und Planungen auf der Landesebene sind unter bildungspolitischen Aspekten ausdrücklich zu begrüßen.

Kommunen sind die Hauptkostenträger der Bildungsarbeit in Tageseinrichtungen für Kinder. Aktuell fließen jährlich mehr als 1,3 Milliarden Euro kommunale Haushaltsmittel in den Kindertagesstättenbetrieb. Eine gesetzliche Regelung zur vollständigen Beitragsfreistel-

Anzeige

**DAS DEBATTENPORTAL  
DER SOZIALDEMOKRATIE**

**vorwärts.de**

### DEBATTIEREN

Wir treiben wichtige politische und gesellschaftliche Debatten voran.

### VERNETZEN

Wir verbinden Menschen und Organisationen, die der Sozialdemokratie nahestehen.

### POSITIONIEREN

Wir zeigen Haltung und beziehen klar Stellung zu aktuellen Themen.

**BESUCHEN SIE UNS UND DISKUTIEREN SIE MIT!**

lung im Kindergarten löst Konnektivitätsleistungen des Landes für die wegfallenden Elternbeiträge aus. Aufgrund der inhomogenen kommunalen Gebührenstruktur müssen diese Ersatzleistungen des Landes pauschaliert auf der Basis einer fiktiven Elternbeteiligung von 1/3 der Betriebskosten gewährt werden und neben die derzeitige Personalkostenförderung des Landes treten.

#### Fachkräfteinitiative für Tageseinrichtungen

Steigende Geburtenzahlen, Qualitätsverbesserungen und eine sich abzeichnende erhöhte Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Schulkinder werden den sich bereits jetzt abzeichnenden Fachkräftemangel in Tageseinrichtungen für Kinder verschärfen.

Das langwierige und für die Auszubildenden teure System der ErzieherInnen-Ausbildung bedarf dringend der grundlegenden Reform, um junge Menschen für den schwierigen Erzieherberuf auch weiter zu begeistern. Das wird mit den bisherigen langen Ausbildungszeiten und den erheblichen eigenen finanziellen Engagement auf Dauer nicht möglich sein. Es ist daher ein Modell für eine zeitlich gestraffte, duale ErzieherInnen-Ausbildung, in der die Auszubildenden angemessen vergütet werden, zu entwickeln und einzuführen.

Daneben sollten die Möglichkeiten für Seiteneinsteiger- und Qualifizierungsprogramme (z. B. für die Ausbildung von Sozialassistenten) über örtliche Bildungsträger (Volks-hochschulen) gefördert werden, um fehlenden Ausbildungskapazitäten zu begegnen. Wir begrüßen diesbezüglich ausdrücklich Reformbestrebungen der neuen Landesregierung.

#### Förderung eines ausreichenden Platzangebots in allen Tageseinrichtungen

Steigende Kinderzahlen werden Kapazitätserweiterungen durch Neu- und Erweiterungsbauten notwendig machen. Die derzeitige, aus Bundesmitteln finanzierte Förderkulisse des Landes für Kindertagesstätten (RAT V) begünstigt ausschließlich die Neuschaffung von Krippenplätzen. Die aktuelle Entwicklung macht auch die Förderung der Schaffung von neuen Kindergärten und neuen Hortplätzen, auch unter Inanspruchnahme von Landesmitteln, unbedingt notwendig.

#### 4. Flexibilisierung und finanzielle Stärkung der kommunalen Arbeitsmarktpolitik sowie eine dauerhafte Sicherstellung der kommunalen Koordination für Migration und Teilhabe

Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, eine dauerhafte

Koordinierung des gesamtgesellschaftlichen Prozesses Migration und Teilhabe auf kommunaler Ebene sicherstellen zu können.

Dabei müssen die erforderlichen Ressourcen bzw. Kapazitäten eingesetzt werden, um die vielfältigen Strukturen, Prozesse und kommunalen Aufgaben integrationsfördernd koordinieren bzw. steuern zu können. Insgesamt ist auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Akteure im Bereich Integration die Notwendigkeit einer Gesamtkoordinierung für Migration und Teilhabe unentbehrlich.

Dazu gehört auch der Aufbau bzw. die Installation eines wirkungsvollen Übergangsmanagements in Arbeit als Teil des Fallmanagements im Jobcenter, um die Übergänge an den unterschiedlichen Schnittstellen auf kommunaler Ebene reibungslos zu gewährleisten.

Ein ganzheitlicher Ansatz ist dementsprechend im SGB II notwendig. Insbesondere die Vereinfachung des Leistungs- und Verfahrensrechts im SGB II muss für transparente Verwaltungsabläufe genutzt werden.

Dazu gehört die Stärkung der Instrumente des SGB II sowie der Ausbau der finanziellen Flexibilität. Ein effizientes und ressourcenschonendes Arbeiten in den Kommunen vor Ort

dient dem Ziel des Ausbaus eines sozialen Arbeitsmarktes zur Schaffung zielgerichteter Arbeitsgelegenheiten.

Dieser ganzheitliche Ansatz bei der Heranführung an den Arbeitsmarkt muss für alle Zielgruppen entwickelt werden. Die bestehenden Schnittstellen müssen zugunsten der Erleichterung in den Arbeitsmarkt entschärft werden. Die Koordinierung der einzelnen für die Integration in den Arbeitsmarkt relevanten bzw. migrationspezifischen Angebote muss deshalb von der Kommune erfolgen.

#### 5. Kommunalwahlrecht

Die neue Landesregierung wird aufgefordert,

**a)** das Kommunalwahlrecht dahingehend zu ändern, dass das bisherige Sitzverteilungsverfahren – Hare/Niemeyer – durch das Verfahren d'Hondt zu ersetzen.

**Begründung:** Die Kommunalen Spitzenverbände haben darauf hingewiesen, dass sich nach den letzten Kommunalwahlen eine starke Sitzersplitterung und damit eine erhebliche Erschwerung von Mehrheitsbildungen in Räten und Kreistagen gezeigt haben. Berechnungen haben gezeigt, dass das Verfahren nach d'Hondt kleinere Fraktionen nicht – wie oft behauptet – benachteiligt, sondern nur extreme Ungleichheiten im Bereich der Quotientenzahl der Wähler zum Mandat verhindert. Zudem zeigen neuere juristische Untersuchungen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Verfahren Hare/Niemeyer auf, im Übrigen könnte durch die angestrebte Systemänderung auch die immer wieder aufgeworfene Frage nach der Zulässigkeit einer fünf Prozent-Klausel auf kommunaler Ebene an Bedeutung verlieren.

**b)** bei den Direktwahlen die bisherige Stichwahl durch das System der Integrierten Stichwahl zu ersetzen

**Begründung:** Die gesetzlichen Regelungen zur Stichwahl haben nicht zu einer Beruhigung der Diskussion beigetragen. Hauptkritikpunkt ist die immer wieder festzustellende geringe Wahlbeteiligung. Das Modell sieht eine Integration der Stichwahl bereits im ersten Wahlgang vor. Der Wähler erhält eine Zweitpräferenz, die zum Tragen kommt, wenn im ersten



Ehrungen: Einhaus, Scholz, Kurku, Pühl, Linda Bode, Hinrichs, Walther, Weil (v.l.)

Foto: Stracke

Wahlgang kein Bewerber die absolute Mehrheit erreicht hat.

## 6. Wohnungsmangel bekämpfen – bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen!

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle hat für die SGK Niedersachsen hohe politische Priorität, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Um dieses Ziel zu erreichen müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit den Wohnungsgenossenschaften, der kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft und privaten Investoren an einem Strang ziehen.

Wir haben in Niedersachsen in den letzten Jahren die Schaffung bezahlbaren Wohnraums über einen Mix von Förderinstrumenten deutlich attraktiver als zuvor gemacht. Aber wir wissen auch, dass wir noch mehr tun müssen. Wichtig ist, den Wohnungsbau im mittleren und preiswerten Bereich anzukurbeln und

gezielt dort zu fördern, wo Mangel herrscht. Nur dann bleibt auch in Regionen mit hoher Nachfrage und angespannten Wohnungsmärkten das Wohnen für alle Menschen möglich.

Konkret bedeutet dies für uns:

1. Die Anfang 2017 eingeführte Zuschussförderung für den sozialen Wohnungsbau ist bedarfsgerecht auszuweiten. Durch eine gestaffelte Erhöhung des derzeitigen Fördersatzes sind zusätzliche Investitionsanreize für die Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen für Berechtigte mit niedrigem Einkommen in Regionen mit überdurchschnittlich hohen Mieten bzw. überdurchschnittlich hohen Grundstücks-/Baukosten zu setzen. Außerdem ist zu prüfen, ob die Zuschussförderung, ggf. mit einem verminderten Fördersatz, künftig auch auf die Schaffung von Mietwohnungen für Berechtigte mit mittlerem Einkommen ausgeweitet werden

kann. Schließlich sind auf Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen die weiteren Rahmenbedingungen der Förderung (Auszahlungszeitpunkt des Zuschusses, Tilgungssätze, Darlehenszeitraum, Ausschluss der mittelbaren Belegung etc.) zu evaluieren und erforderlichenfalls anzupassen.

2. Durch Bundesratsinitiative ist dafür zu sorgen, dass die steuerliche Normalabschreibung für neu geschaffenen Wohnraum erhöht wird und Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau wieder eingeführt werden. Unternehmen, die diese Sonderabschreibung nicht nutzen können, müssen eine gleichwertige Investitionszulage erhalten.

3. Das Land soll bei der N-Bank ein spezielles Förderprogramm auflegen, das Kommunen bei der Neugründung und Weiterentwicklung kommunaler Wohnungsgesellschaften unterstützt.

## 7. Kommunale Fraktionen unterstützen!

Wir begrüßen die Ankündigung der neuen Landesregierung, Haushaltsmittel zur Förderung kommunalpolitischer Bildungsarbeit durch die kommunalpolitischen Vereinigungen der Parteien zur Verfügung zu stellen

Die Landesregierung wird aufgefordert, nach dem Vorbild von NRW eine Verpflichtung für die Kommunen zu begründen, auskömmliche Haushaltsmittel für die Arbeit der kommunalen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Die beabsichtigte Heraufsetzung der Mindeststärke von Fraktionen in den kommunalen Vertretungen auf drei wird begrüßt.

Anzeige

**DEMO**  
VORWÄRTS-KOMMUNAL  
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE  
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN  
SIE UNS AUF**  
[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

# MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

# Ignorieren oder akzeptieren?

## Über den Umgang mit einer AfD-Fraktion

**Autorin** Petra Rudszuck, SPD-Fraktion in der Region Hannover, Vorsitzende der SGK Region Hannover, Mitglied im SGK Landesvorstand

Am Tag der letzten Kommunalwahl, dem 11. September 2016, wurden die Befürchtungen im Hinblick auf das Stimmenergebnis der AfD in der Region Hannover leider übertroffen. Die AfD zog auf Anhieb mit neun Abgeordneten (darunter immerhin eine Frau...) in die 85-köpfige Regionsversammlung ein. Während kleine Gruppierungen und die FDP ihre Ergebnisse sogar noch verbessern konnten, erlitten SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen deutliche Stimmenverluste.

### Zunächst Verunsicherung

In der SPD-Fraktion gab es zunächst Debatten über den Umgang mit den AfD-Abgeordneten, sie reichten von Verweigerung des Händeschüttelns bis zum „normalen“ Umgang mit demokratisch gewählten Mandatsträgern. Generell war die Verunsicherung groß.

Die AfD-Vertreter landeten hart in der kommunalpolitischen Realität. Populistische Parolen und Versprechen im Wahlkampf waren schnell formuliert, der Umgang mit einer Geschäftsordnung als Grundlage der Arbeit, eine Fülle von Sachthemen wie etwa die Abfallentsorgung oder der ÖPNV mit seiner komplexen Finanzierung haben mit diesem Wahlkampfgetöse wenig zu tun.

Nun sind eineinhalb Jahre vergangen und ein erstes Resümee kann gezogen werden. Eine klare politische Linie der AfD-Fraktion ist bis heute nicht erkennbar, zudem stellen einzelne Abgeordnete eine Fülle von Einzelanträgen (was zu einer deutlichen Verlängerung der Tagesordnungen aller Fachausschüsse und der Regionsversammlung führt). Auch heute noch werden Anträge gestellt, die

offensichtlich von fehlender Einarbeitung in das jeweilige Thema und geringer Sachkenntnis geprägt sind. Allerdings wurden auch schon Anträge zurückgezogen, wenn wir belegen konnten, dass falsche Annahmen wie zum Beispiel die Nichtzuständigkeit zu unserer Ablehnung geführt hätten. Eine gewisse Lernfähigkeit ist immerhin vorhanden! Seit Monaten ist das uneinheitliche Abstimmungsverhalten innerhalb der Fraktion auffällig. Inzwischen gab es in der AfD-Fraktion auch bereits Mandatswechsel, da ein Drittel der Ursprungsfraktion in den Bundes- bzw. Landtag eingezogen ist. Dies hatte auch zur Folge, dass der bisherige – sachorientiert arbeitende – Fraktionsvorsitzende sein Amt aufgab. Ganz anders die neue Fraktionsvorsitzende: Als nach wie vor einzige Frau stellt sie ganz klar Emotionalität über Fachlichkeit.



Petra Rudszuck

Foto: privat

Bisher blieben rechte Provokationen weitestgehend aus, dies mag an unseren Themen liegen, aber auch an den handelnden Personen, die überwiegend sachlich auftreten und argumentieren. Im Rat der Landeshauptstadt herrscht dagegen ein wesentlich aggressiveres Klima.

### AFD mit Argumenten stellen

Eine Absprache mit anderen Fraktionen zielt darauf ab, die Entgegnungen auf Wortmeldungen und Anträge der AfD zu reduzieren, um eine unnötige Aufwertung zu vermeiden. Wir wollen uns auch weiterhin nicht provozieren lassen und besonnen mit auch noch so abstrusen Anträgen umgehen. Unsere Ziele für die nächsten Jahre sind die Entlarvung durch Sachargumente und ein deutlich schlechteres Ergebnis der AfD bei der nächsten Kommunalwahl!

## Anliegen des Hochwasserschutzes beim Autobahnausbau berücksichtigen

### Olaf Lies in der Gemeinde Holle

Die Gemeinde Holle war in den zurückliegenden Jahren häufiger von Hochwasser- und Starkregensituationen betroffen. Die Bilder des Starkregens von Pfingsten 2017, aber auch des Hochwassers Ende Juli 2017 sind noch in leidvoller Erinnerung. Für die Gemeinde und die SPD in der Gemeinde Holle spielt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen die Sorge vor Hochwasser und die Notwendigkeit, den Hochwasserschutz zu verbessern, eine zentrale Rolle. Diese Rolle wird auch durch den Blick auf die Szenarien für eine weitere Zunahme von klimabedingten Hochwasser- und Starkregeneignissen verstärkt. Neben der Entwicklung und Umsetzung weiterer Maßnahmen des Hochwasserschutzes richtet sich der Blick der Gemeinde Holle und der örtlichen SPD insbesondere auf die geplanten Bauvorhaben an der A7 und deren Auswirkungen auf den Hochwasserschutz.

Wie lassen sich die Anliegen des Hochwasserschutzes beim Autobahnausbau berücksichtigen? Wie wird ermöglicht, dass die Erfahrungen der Hochwasser- und Starkregeneignisse des Jahres 2017 in die Planung einfließen? Wie wird sichergestellt, dass diese Erfahrungen z.B. bei der Bemessung der Regenrückhaltebecken einfließen und nicht auf alte Daten zurückgegriffen wird? Mit diesen Sorgen und Fragestellungen hatten sich Maike Gückel, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Holle, und Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle und Mitglied im Hildesheimer Kreistag, Anfang 2018 an den Niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies gewandt und ihn zu einem Besuchstermin vor Ort eingeladen. „Es geht hier nicht um abstrakte Ziele und Vorstellungen, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger“,



Foto: Sven Wieduwilt

betont Maike Gückel. „Wir haben im Juli 2017 erlebt, wie Bürgerinnen und Bürger große Teile ihres Hausstandes und bestimmt viele liebevolle Erinnerungen verloren haben.“ Auch wenn es einen hundertprozentigen Schutz nicht geben wird, vor Hochwassersituationen wie im Juli 2017 müssten die Bürgerinnen und Bürger ein Stück weit geschützt werden.

### Information vor Ort

Der Niedersächsische Umweltminister Olaf Lies hat diese Einladung angenommen. Zusammen mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten Bernd Westphal besuchte er am 5. April 2018

die Gemeinde Holle und informierte sich vor Ort über den Hochwasserschutz, insbesondere mit Blick auf den Autobahnausbau und die damit verbundenen Sorgen und Problemlagen. Deutlich wurde, dass eine Verbesserung des Hochwasserschutzes im Zuge der Planungen erforderlich ist. „Wir wollen bei der Frage des Hochwasserschutzes und seiner Ausgestaltung im Zuge der Bauvorhaben an der A7 einen Schritt vorankommen“, so Sven Wieduwilt. „Und ich bin sicher, dass dieser Besuchstermin dazu beigetragen hat, Entscheidungsträger auf Kreis- und Landesebene hierfür zu sensibilisieren.“